Kommunaler Sozialverband
Mecklenburg-Vorpommern
Der Verbandsdirektor

Landesjugendamt
Landesjugendhilfeausschuss

Kommunaler Sozialverband Mecklenburg-Vorpommern
Am Grünen Tal 19, 19063 Schwerin

Beschluss des Landesjugendhilfeausschusses am 08.05.2025

Betreff: Engagement für Demokratie und eine starke Jugendhilfe zur Prävention und Intervention extremistischer Einstellungen

---

Der Landesjugendhilfeausschuss Mecklenburg-Vorpommern empfiehlt der Landesregierung, die folgenden Handlungsempfehlungen intensiv zu beraten und bestmöglich umzusetzen.

Insbesondere soll die Jugendhilfe als eine zentrale Instanz der Bekämpfung von Rechtsextremismus kurzfristig, nachhaltig und strukturell gestärkt werden. Unsere freiheitliche, demokratische und rechtsstaatliche Ordnung steht massiv unter Druck. Trotz der angespannten Haushaltsverhandlungen ist es dringend geboten, diese Werte zu schützen und zu stärken. Dies wird dringend empfohlen, im Vollzug der aktuellen Haushaltsaufstellungen für die Jahre 2026/2027 zu berücksichtigen.

Zudem wird unbedingt empfohlen, noch in dieser Legislaturperiode eine ressortübergreifende Auseinandersetzung und Beratung zu diesem Thema zu initiieren. Dabei sollte die Geschäftsstelle für die landesweite Kinder- und Jugendbeteiligung einbezogen werden, um eine umfassende und wirksame Strategie zu entwickeln.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Maßnahmen zur Stärkung Demokratieförderung (politischer Bildung) in der Jugendhilfe

- Stärkung und nachhaltige Finanzierung der Jugendhilfe-Strukturen, insbesondere für die offene Kinder- und Jugendarbeit, die Jugendverbände und die Jugendsozialarbeit, zudem Ausbau mobiler Jugendarbeit und Angebote für den ländlichen Raum, um Gemeinschaft und demokratische Teilhabe zu fördern, aus den vorhandenen Strukturen (OKJA /Jugendverbandsarbeit) heraus

- Verstetigung und Weiterentwicklung politischer Bildungsprogramme in Schulen, Jugendeinrichtungen und Vereinen, kombiniert mit gesicherter Finanzierung für Präventionsprojekte, mobile Jugendarbeit und (digitale) Streetwork.
- Förderung der Fachkräfte durch gezielte Fortbildungen zu Demokratiekompetenz, Medienbildung und Jugendbeteiligung
- Ausbau internationaler Austauschprogramme zur Förderung demokratischer Partizipation und sozialer Kompetenz, unter Einbeziehung von ESF-Förderungen für die internationale Jugendarbeit

Frühzeitige Erkennung und Intervention

- Präventions- und Interventionskonzepte für Schulen und Jugendhilfe: Entwicklung und Implementierung von Konzepten zur Prävention und Intervention mit Unterstützung durch staatliche Strukturen und wissenschaftliche Expertise von Hochschulen und Universitäten. So kann Handlungssicherheit für alle Akteur*innen gewonnen werden.
- Interdisziplinäre Netzwerke: Einrichtung regionaler Kooperationsstrukturen zwischen Schulen, Jugendhilfe, Polizei und Zivilgesellschaft für eine schnelle und koordinierte Intervention

Erstellung eines Kinder- und Jugendberichtes

- Die spezifische Datenlage für Mecklenburg-Vorpommern muss durch einen Kinder- und Jugendbericht sichergestellt werden, um eine fundierte Grundlage für zukünftige Maßnahmen mit Blick auf die besonderen Herausforderungen des Bundeslandes – einschließlich der Problematik der Einsamkeit – zu schaffen.

BEGRÜNDUNG

Der Rechtsextremismus stellt unter allen Extremismusformen weiterhin die größte Gefahr für unsere freiheitlich demokratische Grundordnung und unser Zusammenleben in Mecklenburg-Vorpommern dar[1]. Damit begegnet uns Rechtsextremismus als eine wachsende Herausforderung, die zunehmend auch junge Menschen betrifft. Berichte - auch von Jugendlichen selbst - zeigen, dass rechtsextreme Einstellungen und Aktivitäten in Schulen, Jugendeinrichtungen und im öffentlichen Raum sichtbar sind.[2] Besonders junge Menschen aus sozialökonomisch benachteiligten oder perspektivlosen Milieus sind anfällig für rechtsextreme Ideologien, die einfache Lösungen für komplexe gesellschaftliche Herausforderungen versprechen.[3]

Ein weiterer entscheidender Faktor ist die Einsamkeit vieler Jugendlicher. Die Auswirkungen der Pandemie und deren Maßnahmen, die Überforderung mit gegenwärtigen Krisen zeigen fehlende soziale Bindungen, Rückzug in digitale Kommunikation und das Gefühl von Isolation, was die Anfälligkeit für extremistische Ideologien verstärken kann, da diese Zugehörigkeit, Gemeinschaft und einfache Erklärungen bieten. Gerade in ländlichen Regionen Mecklenburg-Vorpommerns sind junge Menschen häufig von sozialer Vereinsamung betroffen und begegnen besonderen Alltagsherausforderungen, was ihren Zugang zu demokratischen Werten und alternativen Lebensperspektiven zusätzlich erschwert.

Die Angebote der Jugendhilfe haben eine wichtige Rolle in der Prävention und Bekämpfung von (Rechts-)Extremismus. Sie kann demokratische Werte vermitteln, interkulturelle Begegnungen ermöglichen, Identitätsbildung unterstützen und alternative Lebensperspektiven aufzeigen. Dies gelingt der Jugendhilfe, weil sie lebensweltorientierte niedrigschwellige Zugänge zu den Jugendlichen nutzen kann, partizipative Angebote organisiert und Orte für Peergroups anbietet, die informelle Bildung und Sozialisation ermöglichen.[4] Um ihrer Aufgabe gerecht zu werden, bedarf es gezielter Maßnahmen, struktureller Verbesserungen und einer verstärkten Kooperation aller relevanten Akteure.

Darüber hinaus zeigen Berichte aus der Praxis, dass rechtsextreme Gruppierungen gezielt junge Menschen aus sozial benachteiligten Regionen ansprechen, da diese sich oft marginalisiert und orientierungslos fühlen. Hier kann die Jugendhilfe eine essenzielle Rolle spielen, indem sie gezielte Unterstützungsangebote schafft und präventiv tätig wird. Der Ausbau von Jugendbeteiligungsformaten und politischen Bildungsangeboten ermöglicht es jungen Menschen, sich aktiv mit demokratischen Prozessen auseinanderzusetzen und sich gegen extremistische Tendenzen zu wappnen. Junge Menschen brauchen Begegnungsorte und Gesprächsräume, wo sie sich wohlfühlen können, aber auch demokratische Kultur erleben und damit lernen können.

---

[1] Siehe Pressemitteilung „Verfassungsschutzbericht 2023 Innenminister Pegel: ‚Extremisten wollen unsere Gesellschaft destabilisieren'" https://www.regierung-mv.de/Landesregierung/im/Aktuell/?id=202751&processor=processor.sa.pressemitteilung

[2] Siehe Positionspapier der Landesschülervertretungen https://landesschuelerrat-mv.de/positionspapier-rechtsextremismus/ sowie ausgewählte Materialien der Enquetekommission "Jung sein in MV"

[3]bezüglich Bildung bspw. Schneekloth, Ulrich/Albert, Mathias (2024): Jugend und Politik. In: Mathias Albert/Gudrun Quenzel (Hrsg.): Jugend 2024: pragmatisch zwischen Verdrossenheit und gelebter Vielfalt. Shell Jugendstudie 19. Basel: Beltz, S. 74.

[4]Diese Erkenntnisse sind in vielen Jahren der Begleitforschung gesammelt wurden. Bspw. im Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt (Fuchs, Jürgen/Böhnisch, Lothar/Fritz, Karsten (1997): Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt; Bd. 2 Die wissenschaftliche Begleitung: Ergebnisse und Perspektiven. Münster: Votum-Verl., S. 23ff.) oder in der Evaluation von „Demokratie Leben" (Greuel, Frank (2023): Evaluation von Maßnahmen und Programmen im Themenfeld „Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus" Bundeszentrale für politische Bildung. Verfügbar über: https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/infopool-rechtsextremismus/541813/evaluation-von-massnahmen-und-programmen/ [07.03.2025]).